

tümer. Sie sprechen sich dafür aus, schnellstmöglich globale Verhandlungen über die wichtigsten ökonomischen Probleme entsprechend den Beschlüssen der UNO aufzunehmen.

Die Teilnehmer der Tagung treten für eine Stärkung der Rolle der Organisation der Vereinten Nationen im internationalen Leben als wichtigen Forums zur Vereinigung der Anstrengungen der Staaten für die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, für die Lösung der dringendsten Weltprobleme ein.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erachten es als notwendig, erneut ihre Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß die Erhaltung des Weltfriedens heute untrennbar mit der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Völker und Staaten verbunden ist. Ein dauerhafter Frieden kann nur ein gerechter Frieden sein, in dem jeder Staat die legitimen Rechte und Interessen aller anderen anerkennt und achtet.

v.

Es ist nicht möglich, die Kriegsgefahr zu vermindern, ohne ein Klima des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten zu schaffen. Das erfordert neben der Entwicklung des politischen Dialogs und entsprechenden Maßnahmen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet die Verbreitung wahrheitsgetreuer Informationen. Es erfordert, auf Großmachtsansprüche, auf rassistische und chauvinistische Propaganda, auf nationale Ausschließlichkeit und Versuche, andere Völker belehren zu wollen, wie sie ihr Leben zu gestalten haben, ebenso zu verzichten wie auf die Verherrlichung von Gewalt und das Entfachen einer Kriegspsychose.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten messen der konsequenten Einhaltung der Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki über die Zusammenarbeit im Bereich der Information im Interesse der Festigung des Friedens und der Völkerverständigung grundsätzliche Bedeutung bei, und sie heben die Aktualität der diesbezüglichen 1978 angenommenen Deklaration der UNESCO hervor. Entschieden verurteilen sie den Mißbrauch solcher einflußreichen bewußtseins- und meinungsbildenden Instrumente wie Presse, Rundfunk und Fernsehen für die Verbreitung tendenziöser und geradezu verleumderischer Informationen, die die Situation in diesen oder jenen Ländern und deren Politik verfälschen sowie Entfremdung und Feindseligkeit säen. Kein Staat darf zulassen, daß von seinem Territorium aus eine derartige subversive Tätigkeit betrieben wird.

Die reaktionären und imperialistischen Kreise treiben ihr Spiel mit der Frage der Menschenrechte und möchten auf diese Weise ihre Mißachtung der elemen-